

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	6
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	518/2022
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	06.02.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Herr Herweg (JugA), Frau Hasenack (SozA), Frau Schmidt (SozA)		
Protokollführung:	Frau Klemm / th		
Betreff:	Bericht zur Umsetzung der Maßnahmen des Projekts "Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften"		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 12.12.2022, öffentlich, Nr. 150
 Jugendhilfeausschuss vom 12.12.2022, öffentlich, Nr. 97
 jeweiliges Ergebnis: Vertagung

Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 23.01.2023, öffentlich, Nr. 2
 Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.12.2022, GRDRs 518/2022.

Einführend weist die Vorsitzende darauf hin, dass der Sachverhalt bereits im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) behandelt worden sei. In der heutigen Ausschusssitzung sollten die Maßnahmen des Referats JB zur Verbesserung der Kinder und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften dargestellt werden. Anlass einer eigens gebildeten Task Force "Bildung und Betreuung" für Kinder und Jugendliche von geflüchteten Familien in Stuttgart seien die aus der Ukraine Geflüchteten gewesen, jedoch bezögen sich die Bemühungen auf alle in Flüchtlingsunterkünften untergebrachten Kinder. Regelmäßig seien in Videokonferenzen unter Beteiligung des Staatlichen Schulamts mit Vertretern der Träger sowie der verschiedenen beteiligten Ämter eine ganze Reihe von guten Maßnahmen und Abstimmungen auf den Weg gebracht worden, um die Situation für die Betroffenen in den Gemeinschaftsunterkünften und allgemein im Kontext ihres

Aufenthaltes in Stuttgart zu verbessern. Gleichwohl sei man sich darüber im Klaren, dass optimale Bedingungen nicht geschaffen werden könnten. Dies habe in erster Linie mit der Unterbringung an sich zu tun. Die Referate SI und WFB seien intensiv damit befasst, die Unterbringungssituation zu verbessern, was jedoch ein mühsames und langwieriges Unterfangen sei.

Herr Herweg ergänzt, in der Vorlage seien die einzelnen Bausteine dargestellt. Er weist zunächst darauf hin, dass manche Bausteine erst am Anfang ständen und die entsprechenden Berichte daher kürzer gehalten seien. Andere Elemente zielten spezifisch auf Sozialunterkünfte ab, die man - und das sei ihm wichtig - von den Gemeinschaftsunterkünften unterscheiden müsse. In Sozialunterkünften stelle sich die Situation bisweilen schwieriger dar und rechtfertige ein spezielles Fachkräfte-Tandem. Lerngruppen hingegen seien bspw. eher bei den Gemeinschaftsunterkünften angesiedelt. Würden zu den einzelnen Berichten intensivere Rückmeldungen gewünscht, könne man Erfahrungen aus der Praxis anfragen, bietet Herr Herweg abschließend an.

Ihren Dank für den Bericht bekunden StRin Ciblis (90/GRÜNE), StR Dr. Nopper (CDU) sowie StRin Meergans (SPD).

StRin Ciblis dankt allen Ehrenamtlichen, die sich für Räume zum Lernen und Spielen einsetzen und lobt Projekte wie Digital for all Kids mit dem Engagement von Stiftungen und Unternehmen. Es bleibe insgesamt eine riesengroße gemeinschaftliche Aufgabe. Dem Lob schließt sich StRin Höh (FDP) an. Die Arbeit, so StR Dr. Nopper, sei eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

Es gehe, sagt StRin Ciblis, um die Gegenwart und Zukunft sowie das Recht auf Kindheit, Bildung und persönliche Entwicklung der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Unter den gegebenen Umständen könne dem nicht nachgekommen werden, und das müsse sich ändern. Knackpunkt sei die Gebäudesituation, und sie frage sich, warum die Stadt nicht mehr Immobilienkäufe - auch außerhalb der Sanierungsgebiete - tätige. Das, meint StR Dr. Nopper, müsse im zuständigen Ausschuss besprochen werden, ebenso wie die Frage nach Neubauten für eine wachsende Zahl von ankommenden Menschen. StRin Ciblis meint, eine andere Möglichkeit wäre zu prüfen, ob nicht landeseigene Immobilien in der Stadt zur Unterbringung von Geflüchteten infrage kämen. Unterkünfte in Gewerbegebieten seien problematisch, räumt die Stadträtin ein, könnten jedoch Zwischenlösungen darstellen, sofern es gute Verbindungen in den jeweiligen Stadtteil gebe. Sie finde es mehr als ärgerlich, dass der Pilotbetrieb einer vom Sozialamt betriebenen Unterkunft nicht gestartet worden sei, mit der Begründung, das Gebäude liege im Gewerbegebiet (S. 7 der Vorlage, Gebäudesituation). Demnach stelle der Bebauungsplan (BPlan) ausdrücklich nur Gewerbebetriebe fest, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Wie könne es sein, dass eine Unterkunft das Wohnen mehr störe als ein Gewerbebetrieb, zumal bei Letzteren wesentlich höhere Lärmwerte gestattet würden als beim Wohnen. Dazu erläutert die Vorsitzende, die Flüchtlingsunterkunft störe "passiv", da das Wohnen mit bestimmten Rechten auf Störungsfreiheit für die Menschen zusammenhänge, d. h. die Bewohnerinnen und Bewohner könnten sich ggfs. gegen Emissionen von benachbarten Betrieben wehren. Dies seien rechtliche Fragen, die nicht populär und schwer zu vermitteln seien, und die Antworten seien in einem Rechtsstaat, der unentwegt Interessen gegeneinander abwägen müsse, kompliziert. Die Lebensumstände der Kinder und Jugendlichen finde sie teilweise miserabel, sagt StRin Höh, und bestätigt, das Grundproblem sei der Mangel an Räumlichkeiten. Schnelle Lösungen, räumt sie ein, seien sicher nicht zu finden. Gleichwohl nimmt die Stadträtin

die alternativen Vorschläge zur Gewinnung von Räumen ihrer Vorrednerinnen und Vorredner nimmt die Stadträtin - ebenso wie StR Sailer (FW) - zum Anlass, auch ungewöhnliche Wege zu prüfen.

Fortfahrend hebt StRin Ciblis die Bedeutung von Barrierefreiheit und der Nachrüstung von sanitären Anlagen im Rahmen der Prüfung des baulichen Zustands der Unterkünfte hervor. Insgesamt sei die Situation sehr frustrierend, auch im Hinblick auf die kindgerechte Ausstattung. Es müssten dringend andere Lösungen gefunden werden. Sie interessiere, ob nicht bspw. mehr Lernmobile angeschafft und betrieben werden könnten. Ergänzend regt StR Dr. Nopper an, weitere Räumlichkeiten (Jugendhäuser, Stadtteil- und Gemeindezentren, Bibliotheken) für die Nutzung von Lerngruppen zu prüfen. Diese fänden vorzugsweise in den Unterkünften statt, so Frau Dr. Heynen (JugA), aber auch im Bereich von Ganztagschulen. Eine Ausweitung müsse auch im Hinblick auf die nötige Personaldecke betrachtet werden. Die hauptsächlich für die Betroffenen in Gemeinschaftsunterkünften angebotenen Lerngruppen könnten, so meint StRin Meergans, auch denjenigen in Sozialunterkünften zugutekommen. Sie interessiere, ob, wie und mit welchen finanziellen Mitteln man das übertragen könne.

StRin Ciblis sieht das bereits Erreichte und würdigt positive Ansätze, wie u. a. die Einrichtung einer Kindersprechstunde und die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten. Auf ihre Anmerkung, es sei schade, dass der Projektbeginn verschoben worden sei, stellt Frau Schmidt richtig, die Kindersprechstunde sei jetzt bereits in mehr Unterkünften im Angebot oder in Umsetzung als in der aus dem letzten Jahr stammenden Mitteilungsvorlage angegeben. In dem Zusammenhang interessieren die Stadträtin die Erfahrungen mit dem von der Caritas bereits gestarteten Projekt Kindersprechstunde und des Weiteren, auf welcher Basis die Kriterien für die Auswahl der Unterkünfte für das Projekt getroffen worden seien, explizit die Vorgabe "Anteil der 6- bis 14-Jährigen ist besonders hoch". Frau Schmidt informiert, der Status quo habe sich substantiell verändert im Vergleich zu den Angaben in der Vorlage.

Frau Dr. Heynen (JugA) beantwortet eine weitere Frage von StRin Ciblis, außer der gelebten Praxiserfahrung erhielten die Studierenden für die Betreuung der Lerngruppen keine weiteren Anreize. Sie seien in Entgeltgruppe S4 neben ihrem Studium angestellt.

Man sei, so StRin Meergans, mit hehren Zielen gestartet und habe an die Lösung der Herausforderung geglaubt. Neben zahlreichen positiven Schritten zeige sich für sie die bittere Erkenntnis, dass sich für die Kinder und Jugendlichen, insbesondere in den Sozialunterkünften strukturell nichts verbessert habe. Natürlich habe das mit dem Zuzug Geflüchteter zu tun, aber man müsse sich die Unzumutbarkeit der Wohnsituation bewusst machen und alles dafür tun, um diese zu ändern, wozu die Anstrengung der gesamten Stadtverwaltung nötig sei. Das Fachkräftetandem sei ein sehr guter Ansatz als Brücke in das Bildungssystem. Sie interessiere zudem die Perspektive einer flächendeckenden Einführung der Fachkräftetandems. Hier plädiert Frau Dr. Heynen dafür, die Evaluation dieses Projekts abzuwarten und genau zu prüfen, wie man die Fachkräfte einsetzt, damit die Unterstützung der Kinder gut gelingt. Gehe man ohne eine Evaluation in die Fläche, bestehe die Gefahr, Personalressourcen nicht mit maximalem Effekt einzusetzen. Herr Herweg ergänzt, die beiden schon vorhandenen Standorte mit unterschiedlichen Startzeitpunkten würden über einen Zeitraum von jeweils vier Jahren evaluiert. In einem der beiden Tandems sei sogar das Land mit eingestiegen und habe die Hochschule Esslingen beauftragt, neben anderen auch über die Projekte in Stuttgart Rückmeldung zu geben. Das wolle man abwarten; einen Zwischenbericht könne man

jedoch vor Ende der Evaluation liefern. Des Weiteren habe man an beiden Standorten keine neuen Akteure eingesetzt, sondern über zusätzliche Mittel mit den vorhandenen Fachkräften geplant.

StR Pantisano kommt auf seine Äußerungen in der letzten Ausschusssitzung des SGA zurück, das Thema müsse seiner Meinung nach im Verwaltungsausschuss oder im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) mit den für Gebäudefragen verantwortlichen Bürgermeisterinnen diskutiert werden. Er hofft, dass sowohl BMin Fezer als auch BMin Dr. Sußmann den Sachverhalt in der Bürgermeisterrunde in aller notwendigen Deutlichkeit anbringen. Die letzte Ausgabe der Lokalzeitung im Stuttgarter Westen habe alle leerstehenden und leerwerdenden Büros im Stadtteil aufgeführt. Dort könne seiner Meinung nach ausreichend geeigneter Raum für Geflüchtete bereitgestellt werden. Am Beispiel von Signa legt der Stadtrat dar, dass es durchaus Möglichkeiten gebe, Wohnraum zu schaffen. Jedes Kind in dieser Stadt müsse lernen dürfen, anderenfalls werde das Motto "Alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter sind gleich" ad absurdum geführt. Man sende falsche Signale aus und begünstige Ausschreitungen, wenn man den Betroffenen keinen Stuhl und keinen Schreibtisch zur Verfügung stelle und ihnen damit keine Perspektive gebe. Von Bildungsteilhabe könne insofern nicht gesprochen werden. Es könne nichts Wichtigeres geben als eine angemessene Ausstattung für Kinder zum Lernen. Dem erwidert BMin Fezer, wichtiger als Bildung sei ein Dach über dem Kopf. Genau das versuche die Stadtverwaltung derzeit intensiv mit allen ihren Möglichkeiten. Die Ergebnisse seien weder für die Verwaltung und den Rat noch vor allem für die unterzubringenden Menschen sowie die Freiwilligen und ihre Arbeit zufriedenstellend. Natürlich könne man fragen, ob es nicht opportun gewesen wäre, früher Räume für Geflüchtete zu schaffen. Sie habe den Krieg in der Ukraine aber nicht vorhergesehen, und die Geflüchteten aus dem Gebiet machten einen sehr großen Teil der Betroffenen aus, gerade unter den Kindern und Jugendlichen. Des Weiteren kämen in großem Umfang weitere - mehrheitlich erwachsene - Geflüchtete. Die eigentliche Frage sei die der künftigen Bewältigung des steten Zuwachses an Flüchtlingen in Deutschland und Europa, zumal man mit weiteren Flüchtlingswellen rechnen und sich als Länder und Kommunen langfristig darauf einstellen müsse. Diese Lehre habe man aus 2015 nicht gezogen, auch, weil es einfach Geld koste, leerstehenden Gebäude als Flüchtlingsunterkünfte bereitzuhalten, gerade angesichts der Wohnungsnot in Stuttgart. Nehme man nur einen einzelnen Bereich, also hier die Situation der Geflüchteten, lasse aber andere Interessen und Rechte außen vor, seien Lösungen leicht, spiegelten aber nicht die Realität. Sie könne den Fraktionen empfehlen, fachspezifische Anträge bzw. Anfragen, z. B. zu baurechtlichen Fragen und Zusammenhängen in den zuständigen Ausschüssen, zu stellen. Frau Schmidt ergänzt, der Sachverhalt sei zur Chefinnen-Sache geworden und werde an vielen Stellen behandelt, auch die Gebäudesituation werde weiterhin unter Beteiligung der dafür Verantwortlichen bearbeitet.

Die Argumentation, man müsse sich zuerst um die ukrainischen Betroffenen kümmern, hält StR Pantisano für eine Ausrede. Nach 2015 sollte allen Beteiligten klar sein, dass aufgrund der globalen Situation die Flüchtlingssituation sich in absehbarer Zeit nicht ändern werde. Letzten Endes müssten die Kommunen die Fehler auf Bundes- und EU-Ebene ausbaden. Der von CDU und AfD geforderte Flüchtlingsgipfel auf Bundesebene verfehle seine potenziell positive Wirkung, wenn es nur darum gehe, wie Kinder "im Mittelmeer versenkt werden können". Dieser Äußerung widersprechen StR Sailer sowie StR Dr. Nopper entschieden und empört.

An StR Pantisano gewandt, konstatiert StRin Höh, es gehe nicht nur um einen Schreibtisch und einen Stuhl, zum Lernen gehöre auch Ruhe. Es müsse versucht werden, Platz zu schaffen in dieser Stadt, um jungen Menschen überhaupt eine Teilhabe an Schule und Unterricht und auch an Integration zu ermöglichen.

BMin Fezer warnt eindrücklich davor, mit gewissen populären Forderungen die wirklichen Probleme zu banalisieren. Man müsse aufpassen, dass man einer extrem anspruchsvollen und komplexen Aufgabe gemeinsam als Stadtverwaltung und Gemeinderat gerecht werde. Natürlich würde sie gern jedem Kind Stuhl und Schreibtisch zur Verfügung zu stellen, schließlich spreche man ständig über den Bedarf an mehr Raum in Task Forces und der Bürgermeisterrunde, und das nehme neben viel Mühe und Engagement auch Herzblut in Anspruch und führe bei manchen Kolleginnen und Kollegen in die Überarbeitung. Bis jedes Kind mit der nötigen Ausstattung versorgt sei, werde das Jugendamt gemeinsam mit den Trägern versuchen, flankierende Angebote zu schaffen, die zumindest ein Stück weit Kompensation bieten könnten. Das Ziel aber, den Kindern alle Chancen und Möglichkeiten eröffnen zu müssen, werde keine Minute aus den Augen verloren.

Die Herausforderung sei groß, so Herr Käpplinger, man dürfe sich aber nicht demotivieren. Es gehe um das Zusammenwirken der Ämter und freien Träger, zumal Letztere vielleicht noch andere Impulse aus der Betroffenenperspektive einbringen könnten. Es gebe kleine Lichtblicke, die man zum Blick nach vorn nutzen müsse. Auch er wolle die Unterschiede zwischen Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften herausheben. Die Sozialunterkünfte beherbergten Familien und Alleinstehende, die schon länger in Stuttgart sind. Der eigentliche Zweck dieser Unterkünfte sei ursprünglich eine Zwischenstufe hin zu individuellen Unterkünften gewesen, was in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden, aber schon vor dem Jahr 2015 ein Problem gewesen sei. Danach bringt er die Hotelunterkünfte ins Spiel, die seiner Ansicht nach mit den Geflüchteten in unmoralischer Weise Geld verdient hätten. Andere Möglichkeiten habe man aber nicht, und die Situation der Kinder verschärfe sich. Schreibtisch und Stuhl verstehe er als Sinnbild für die eingeschränkten räumlichen Möglichkeiten, die die Betroffenen letztlich immer mehr an den Rand der Gesellschaft drängten und so ein volkswirtschaftlicher Schaden entstehe. Es müsse ein Fokus darauf gerichtet werden, wie man die vielen Kinder aus den Sozialunterkünften herausbringe. Allerdings gehöre das seiner Meinung nach nicht allein in den Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen, sondern auch in den Jugendhilfeausschuss (JHA), denn gemeinschaftliches Handeln sei ämterübergreifend. Die Pausen zwischen Krisen würden immer kürzer. Man könne deutlich die Dankbarkeit der Kinder spüren, ihren Hunger nach Bildung, wenn man sich mit ihnen beschäftige. Fazit sei für ihn, dass man die einzelnen Projekte über die Stadt verteilt in die Fläche bringen müsse. Was mit Geflüchteten passiere, gelte auch für die Sozialunterkünfte. Die Zielgruppe in Letzteren, erläutert Frau Hasenack, habe sich in den letzten zwei Jahren sehr verändert. Man sehe dort typischerweise (bis 80 %) EU-Familien im Rahmen der Fachkräftezuwanderung, die über wenig Sprachkenntnisse verfügen und teilweise auch mit Analphabetismus kämpften. Frau Schmidt ergänzt, in fünf Unterkünften würden sogar nur Familien untergebracht.

Aus der Diskussion, fährt sie fort, spreche Enttäuschung über die bisher umgesetzten Maßnahmen. Sie wolle betonen, es gehe um eine höchst dynamische Situation: So seien am 30.11.2022 bereits 500 Kinder mehr gezählt worden als in der Vorlage angegeben. Dass sich strukturell für die Kinder und Jugendlichen nichts verbessert habe, möge zwar bei der Gebäudesituation zutreffen, aber beim Fokus, der Ermittlung und der Ver-

mittlung von Hilfebedarfen, habe sich viel getan. Das Fachkräftetandem stelle nur einen Anteil unter anderen (Gesundheitssituation, Schule, Kita) dar.

StRin Meergans stellt im Anschluss an die Diskussion den mündlichen Antrag, den Sachverhalt unter der Perspektive der Liegenschaften (konkrete Gebäudesituation) zeitnah im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen zu behandeln, und somit den Beratungslauf der Mitteilungsvorlage GRDRs 518/2022 entsprechend zu ergänzen.

Die Vorsitzende lässt zunächst über diesen mündlichen Antrag abstimmen und stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem oben genannten mündlichen Antrag einstimmig zu.

Danach sagt BMin Fezer zu, die mit dem Antrag formulierte Bitte des Jugendhilfeausschusses zu veranlassen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 518/2022 unter Berücksichtigung des o. g. mündlichen Antrags Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Klemm / th

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
weg. WA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat JB
Jugendamt (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand